

V15 Bildungsgerechtigkeit schaffen

Antragsteller*in: Jutta Wegner (KV Mecklenburgische Seenplatte)
Tagesordnungspunkt: 7. Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Kinder sind von klein auf wissbegierig und wollen immer wieder Neues lernen. Sie
2 auf diesem Weg zu begleiten und zu fördern ist zuvorderst Aufgabe der Eltern.
3 Allerdings zeigen Bildungsstudien nach wie vor, dass Bildung in hohem Maße von
4 den Voraussetzungen im Elternhaus abhängig ist.

5 Gute Bildung ist die Grundlage für Chancengerechtigkeit. Sie kann den
6 Armutskreislauf durchbrechen und ist Voraussetzung für ein selbstbestimmtes
7 Leben. Wir machen uns stark, für eine inklusive, moderne und zukunftsorientierte
8 Bildungslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern.

9 Ziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist deshalb, dass jedes Kind die gleichen Chancen
10 und Unterstützungsangebote hat und den für die eigenen Interessen und
11 Fähigkeiten bestmöglichen Schulabschluss erreicht. Gerade Schulen und Kitas
12 haben eine wichtige Aufgabe nicht nur bei der Vermittlung von Wissen, sondern
13 auch bei der Ausgestaltung von Bildungsgerechtigkeit.

14 Wir müssen für alle Kinder und jungen Menschen die bestmöglichen Bedingungen
15 schaffen, damit sie sich zu eigenverantwortlichen Menschen entwickeln können,
16 die ihr Leben in Verantwortung für sich und die Gesellschaft gestalten können.
17 Hierzu brauchen Schulen und Kitas aber auch die bestmöglichen Voraussetzungen.

18 Mecklenburg-Vorpommern gehört zu den Bundesländern mit den höchsten
19 Schulabbruchquoten. Für die betroffenen Schüler*innen führt dies zu großen
20 Schwierigkeiten auf ihrem weiteren Lebensweg. Zugleich entstehen durch die hohen
21 Abbruchraten enorme Folgekosten in den sozialen Unterstützungssystemen und durch
22 Ersatzmaßnahmen wie Berufsvorbereitungsjahre. Es ist deutlich sinnvoller, diese
23 Gelder in gelingende Bildung zu investieren.

24 Gute Bildung von Anfang an bedeutet für uns:

25 1. Mehr Personal in den Kindertageseinrichtungen

26 Gute Bildung beginnt in der Kita. Entscheidender Faktor für eine hohe Qualität
27 in unseren Kindertagesstätten ist die Fachkraft-Kind-Relation. Hier ist
28 Mecklenburg-Vorpommern deutschlandweit Schlusslicht. Diese Position wollen wir
29 endlich überwinden! Unsere Erzieher*innen brauchen mehr Zeit, die sie
30 unmittelbar mit dem Kind verbringen können. Der aktuelle und prognostizierte
31 Geburtenrückgang ist eine einmalige Gelegenheit, hier weitgehende Verbesserungen
32 zu ermöglichen.

33 Daher fordern wir bis 2030 eine schrittweise Reduzierung der Fachkraft-Kind-
34 Relation:

- 35 • 1:4 für Kinder bis zum vollendeten dritten Lebensjahr,
- 36 • 1:10 für Kinder ab dem dritten Lebensjahr bis zum Eintritt in die Schule
37 sowie
- 38 • 1:17 für Hortkinder im Grundschulalter.

39 2. Längeres gemeinsames Lernen stärkt den Bildungserfolg für alle

40 Alle Kinder haben ein Recht auf qualitativ hochwertige Bildung. Wir wollen, dass
41 der Bildungserfolg nicht von der sozialen Herkunft abhängt. Alle jungen Menschen
42 sollen den für sie besten Bildungsabschluss erreichen können. In kooperativen
43 und integrierten Gesamtschulen haben die Kinder in Mecklenburg-Vorpommern
44 bereits heute die Möglichkeit, länger gemeinsam zu lernen und den individuell
45 bestmöglichen Schulabschluss zu erreichen. Wir setzen uns für durchlässige
46 Bildungsgänge ein.

47 Dieses Modell bietet auch weitreichende Vorteile für den ländlichen Raum. Wir
48 wollen in Schulclustern zwei bis maximal acht Schulstandorte in geografisch
49 benachbarter Lage im Sinne einer Gemeinschaftsschule unter einer gemeinsamen
50 Leitung zusammenschließen. So können wir Schulstandorte trotz sinkender
51 Schüler*innenzahlen halten.

52 3. Echte Inklusion umsetzen

53 Während der parteiübergreifende Inklusionsfrieden zu einigen wenigen
54 Leuchtturmschulen führte, sind wir von einem echten inklusiven Schulsystem in M-
55 V noch weit entfernt. Unser grünes Ziel sind Lernorte, in denen die Interessen
56 und Möglichkeiten aller Kinder berücksichtigt werden. Ob hochbegabt oder mit
57 sonderpädagogischem Förderbedarf, ob mit ADHS oder Sprachproblemen, ob Mathe-Ass
58 oder Sprachgenie, Sporttalent oder künstlerisch begabt. Schüler*innen sollen
59 nicht mehr aufgrund von Entscheidungen anderer bereits frühzeitig in
60 Bildungslaufbahnen gezwängt werden, aus denen sie nur schwer wieder
61 herauskommen.

62 Inklusion ist nicht nur umzusetzende Aufgabe nach der UN-
63 Behindertenrechtskonvention von 2006, sondern sie schafft, mit den notwendigen
64 Ressourcen ausgestattet, auch Bildungsgerechtigkeit für jedes Kind. Sie fördert
65 alle nach dem jeweiligen Potential und lässt kein Kind zurück. Internationale
66 Studien zeigen: Inklusiver Unterricht führt zu besseren Lernerfolgen für alle,
67 wenn die notwendigen Rahmenbedingungen gegeben sind.

68 In einem inklusiven Unterricht wird nicht nur die Fachkompetenz in den Blick
69 genommen, sondern auch die Selbst- und Sozialkompetenz. Um echte Inklusion zu
70 erreichen, muss Schule das Prinzip der Gleichheit und Vergleichbarkeit sowie den
71 Defizitgedanken hinter sich lassen. Denn jedes Kind ist anders und Lernerfolg
72 ist immer individuell. Es bedarf individueller, projektorientierter Lernwege,
73 bei denen Kinder mitentscheiden können, was, wie und wann sie lernen wollen.

74 Allerdings ist auch klar, dass im aktuellen Schulsystem in Mecklenburg-
75 Vorpommern Inklusion nur Stückwerk ist und von dem Engagement weniger abhängt.

Die Strategie der Landesregierung zur Umsetzung der Inklusion im Bildungssystem in Mecklenburg-Vorpommern ist erneut verschoben worden. Förderschulen sind zwar auf dem Papier aufgehoben worden, aber tatsächlich unverändert, oft nicht einmal räumlich, als Teil einer anderen Schule zugeordnet worden. Das ist keine Inklusion, sondern Scharade.

Wir fordern deshalb

- einen verbindlichen Plan zur Umsetzung der Inklusion an allen Schulen des Landes
- eine Ressourcenausstattung, die den Anforderungen der Inklusion gerecht wird
- eine Qualifizierungsoffensive für Schulleitungen und Lehrkräfte
- mehr Sonderpädagogik im Lehramtsstudium
- eine neue Lernkultur, die Teamarbeit verstärkt in den Blick nimmt, aber auch binnendifferenzierten Unterricht.
- Schulen, die auch räumlich den Anforderungen an inklusiven Unterricht gerecht werden.

4. Multiprofessionelle Teams an allen Schulen

Zur Sicherung von Qualität sowie Bündelung von Kompetenzen und Kapazitäten bedarf es der Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams. Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte, Integrationshelfende, Verwaltungskräfte für administrative Aufgaben und IT-Aufgaben arbeiten dazu mit den außerschulischen Kooperationspartner*innen zielorientiert Hand in Hand. Hierzu braucht es auch mehr Kooperation zwischen Land und Kommunen. Schulsozialarbeiter*innen und Schulpsycholog*innen können darüber hinaus unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten in den Sozialraum wirken.

Es braucht multiprofessionelle Teams an jeder Schule – nicht nur für eine gelingende Inklusion. Nur so können auch all jene Kinder individuell gefördert werden, die bereits heute oft zu kurz kommen. Schüler*innen sind in allen Schulformen keine einheitliche Gruppe, sondern zunehmend individueller. Sie stellen Lehrkräfte vor Herausforderungen, die immer wieder neue pädagogische Ansätze brauchen. Wir brauchen Teams anstatt einzelner Lehrkräfte, damit Klassen geteilt werden können und lernbeeinträchtigte Kinder genauso wie hochbegabte Kinder oder solche mit besonderen emotionalen Bedürfnissen innerhalb einer Klasse die Aufmerksamkeit und Förderung bekommen, die eine Lehrkraft allein nicht leisten kann. Deshalb ist es wichtig, dass multiprofessionelle Teams an jeder Schule sind, denen auch unterstützende IT- und Verwaltungskräfte angehören. Sie unterstützen die Schüler*innen und auch die Lehrkräfte. Sie unterstützen die Schüler*innen und auch die Lehrkräfte. Gemeinsam tragen sie Verantwortung für gelingende Bildung, sorgen aber auch dafür, dass mental health für alle nicht nur ein Wort bleibt. Außerdem ist die Investition in unbefristete Stellen für Schulsozialarbeiter*innen, Schulpsycholog*innen, pädagogische Mitarbeiter*innen und Kulturvermittler*innen unerlässlich für die präventive Bewältigung der individuellen Probleme von Schulschwänzer*innen.

119 Die flächendeckende Umsetzung des Ganztagsrechtsanspruches ab dem Schuljahr
120 2026/2027 ist ein guter Anlass, um diese multiprofessionellen Teams an den
121 Schulen zu bilden. Dafür müssen Schule, Hort und außerschulische
122 Kooperationspartner bestmöglich im Sinne des einzelnen Kindes zusammenwirken.
123 Unser bevorzugtes Modell ist das eines rhythmisierten Ganztags, bei denen sich
124 Lern- und Erholungsphasen über den Tag verteilen.

125 Wir fordern

- 126 • die Schaffung eines gesetzlichen Rahmens, der es ermöglicht, die auf
127 unterschiedliche Gesetze verteilten Zuständigkeiten im Interesse eines
128 chancengerechten Bildungssystems zusammenzufassen. Mecklenburg-Vorpommern
129 könnte in einem solchen Versuch deutschlandweit vorangehen.
- 130 • Kompetenzen bei den Schulleitungen, um im Rahmen eines Budgets neben
131 Lehrkräften auch weitere pädagogische Fachkräfte, Inklusionshelfende,
132 Schulsozialarbeiter*innen oder auch Logopäd*innen oder Ergotherapeut*innen
133 und Verwaltungskräfte zu beschäftigen und in Teams zu führen.
- 134 • Zeit, um die notwendigen Abstimmungen in regelmäßigen Teammeetings
135 vornehmen zu können.
- 136 • Einen räumlichen Rahmen, der Unterricht in multiprofessionellen Teams
137 ermöglicht.

138 5. Schulen bauen, die auch im 21. Jahrhundert noch funktionieren!

139 Schulgebäude sind oft noch aus dem vorigen Jahrhundert und genügen den
140 Anforderungen moderner Pädagogik nicht mehr. Außerdem ist der Renovierungsstau
141 noch immer nicht abgebaut. Die Problematik der inneren und äußeren
142 Schulverwaltung zeigt sich im Schulbau besonders. Die Kommunen sind zuständig
143 für die äußere Schulverwaltung, also Gebäude und Ausstattung, das Land für
144 Lehrkräfte und Lerninhalte. Allerdings fehlen den Kommunen oft die finanziellen
145 Mittel, um in den Schulbau zu investieren. Schulbau funktioniert nur mit
146 Fördermitteln, die an bestimmte Voraussetzungen gebunden sind. Eine
147 Schulbaurichtlinie des Landes, die endlich Anforderungen an moderne Schulgebäude
148 formulieren würde, gibt es in Mecklenburg-Vorpommern bisher nicht.

149 Inklusion, Ganztag, Gemeinschaftsschulen und individuelles Lernen? Wir wollen
150 umsetzen, was eine moderne Bildungsgesellschaft braucht. Voraussetzung dafür
151 sind neben dem Personal auch zeitgemäße, barrierefreie und klimaneutrale Gebäude
152 und eine moderne digitale Ausstattung, die all das auch tatsächlich ermöglichen.

153 Wir brauchen Schulen, die Gruppenarbeiten erlauben, Platzangebote für geteilte
154 Klassen bieten, Kreativräume, Schulhöfe sowie Aufenthaltsräume, die dem
155 Bewegungsdrang der Schüler*innen genauso wie dem Rückzugsbedürfnis Raum geben.

156 Wir fordern deshalb:

- 157 • in Bau- und Sanierungsplanung von Schulen müssen neben im Schulbau
158 erfahrenen Architekt*innen und Verwaltungsmitarbeitenden auch Lehrkräfte
159 und Schüler*innen einbezogen werden,
- 160 • Bereitstellung der notwendigen finanziellen Ressourcen. Hierzu müssen auch
161 die im Bundeshaushalt in Aussicht gestellte Investitionsmittel genutzt
162 werden und das Land die eigenen Möglichkeiten für Zukunftsinvestitionen
163 auch im Bildungsbereich nutzen.
- 164 • Erstellung einer Schulbaurichtlinie durch das Land, die endlich
165 Anforderungen an moderne Schulgebäude formuliert.

166 6. Lehrkräftemangel entgegenwirken, Lehramtsstudium reformieren

167 Unübersehbar ist, dass wir einen akuten Lehrkräftemangel haben. Damit weniger
168 Stunden ausfallen müssen, setzen wir uns für mehr Lehrer*innen und eine echte
169 Vertretungsreserve ein. Um die Attraktivität des Lehramtsstudiums zu verbessern,
170 unterstützen wir die Reform des Lehramtsstudiums. Im aktuellen Gesetzentwurf
171 muss aber neben dem Praxisanteil auch die Zahl der Mentor*innen deutlich
172 gesteigert werden. Für ein inklusives Schulsystem muss darüber hinaus die
173 sonderpädagogische Ausbildung in allen Lehramtsstudiengängen deutlich gestärkt
174 werden. Eine inklusive Bildungslandschaft, in der Kinder aus intrinsischer
175 Motivation heraus individuell lernen, erfordert Lehrkräfte, die sich zunehmend
176 zu Lernbegleiter*innen weiterentwickeln. Die damit einhergehende Arbeit in
177 multiprofessionellen Teams muss ebenfalls bereits im Studium vermittelt und
178 eingeübt werden. Die Attraktivität des Lehramtsstudiums könnte auch durch einen
179 dualen Studiengang erhöht werden. Das würde sowohl den Lehramtsstudierenden viel
180 früher den Zugang in die Praxis des Lehralltags ermöglichen als auch die
181 Verfügbarkeit an den Schulen erhöhen.

182 Wir fordern deshalb:

- 183 • die Erhöhung des Praxisanteils im Lehramtsstudium,
- 184 • eine verpflichtende Zahl von Mentor*innen, die Lehramtsstudierende im
185 Referendariat begleiten und dafür auch ausreichend Zeit bekommen. Der
186 Finanzierungsvorbehalt muss fallen.
- 187 • Den Anteil der sonderpädagogischen Lerninhalte in allen
188 Lehramtsstudiengängen zu erhöhen.
- 189 • Die schrittweise Senkung des hohen Pflichtstundensolls für Lehrkräfte
190 sowie
- 191 • Die Einrichtung eines Dualen Studiengangs zunächst als Modellprojekt,
192 perspektivisch aber als 2. Weg zum Lehramtsabschluss.

193 7. Demokratie und politische Bildung stärken

194 Mitbestimmung als Grundpfeiler unserer Demokratie lässt sich nur erlernen, wenn
195 sie von Anfang an geübt und auch praktisch vorgelebt wird. Dafür müssen Kinder
196 und Jugendliche stärker an schulischen und gesellschaftlichen Prozessen

197 beteiligt werden. Schüler*innenvertretung und Schulkonferenz müssen gelebte
 198 Praxis an jeder Schule sein und Schüler*innen dadurch an gelebter
 199 Schuldemokratie teilhaben können. Die praktische Arbeit in Kinder- und
 200 Jugendparlamenten muss aktiv ab der siebten Klasse in Projektform gefördert und
 201 in die Lehrpläne integriert werden. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, die
 202 politische Bildung und Demokratieerziehung noch stärker als bisher als
 203 Querschnittsthema in allen Unterrichtsfächern zu behandeln. In Zeiten, in denen
 204 auf Sozialen Medien wie Tiktok im großen Stil Hassbotschaften, Falschmeldungen
 205 und Verschwörungstheorien verbreitet werden, in denen zudem die künstliche
 206 Intelligenz schnelle Antworten auf komplexe Fragestellungen liefert, muss vor
 207 allem die Medienbildung eine zentrale Rolle bei der Demokratiebildung an den
 208 Schulen einnehmen.

209 Es braucht deshalb

- 210 • Ausreichend Zeit für die Arbeit der Schüler*innenvertretung, die von der
 211 Schule aktiv gefördert und unterstützt wird.
- 212 • Schulprojekte, die Schüler*innen demokratische Verfahren durch Erleben
 213 näherbringen, z.B. Kontakt zu Kinder- und Jugendparlamenten oder
 214 Jugendbeteiligungs-projekten.
- 215 • Politische Bildung als Querschnittsthema an den Schulen. Der Beutelsbacher
 216 Konsens macht Schulen nicht zu politikfreien Zonen.
- 217 • Medienbildung, die Schüler*innen sensibel und altersgerecht in den Umgang
 218 mit sozialen Medien bildet und
- 219 • eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ab Klassenstufe 7
 220 sowie Gedenkstättenfahrten für alle Schüler*innen.

Unterstützer*innen

Christopher Dietrich (KV Rostock); Maria Diehr (KV Vorpommern-Greifswald); Dr. Harald Terpe (KV Rostock); Marcel Spittel (KV Mecklenburgische Seenplatte); Steffen Kühnert (KV Nordwestmecklenburg); Tilman Buß (KV Mecklenburgische Seenplatte); Carolin Roth (KV Rostock); Falk Pollehne (KV Nordwestmecklenburg); Philipp Lübbert (KV Ludwigslust-Parchim); Clemens Wloczka (KV Rostock); Antje Brandt (KV Ludwigslust-Parchim); Andreas Wegner (KV Mecklenburgische Seenplatte); Brigitte Kowalsky (KV Ludwigslust-Parchim); Daniel Wigger (KV Mecklenburgische Seenplatte); Alexander Kieslich (KV Schwerin); Antje Dobers (KV Rostock); Ines Balke (KV Mecklenburgische Seenplatte); Nils Dümcke (KV Nordwestmecklenburg); Sylvia Karow (KV Ludwigslust-Parchim); Tommy Klein (KV Ludwigslust-Parchim); Judith Göbel (KV Ludwigslust-Parchim); Susan Bach (KV Landkreis Rostock); Irene Menke (KV Nordwestmecklenburg); Peter Madjarov (KV Vorpommern-Greifswald); Arndt Müller (KV Schwerin); Sandra Kothe-Woywode (KV Vorpommern-Rügen); Lena Eckert (KV Vorpommern-Greifswald); Christoph Jendersie (KV Mecklenburgische Seenplatte); Susan Bach (KV Landkreis Rostock); Tobias Krug (KV Rostock)